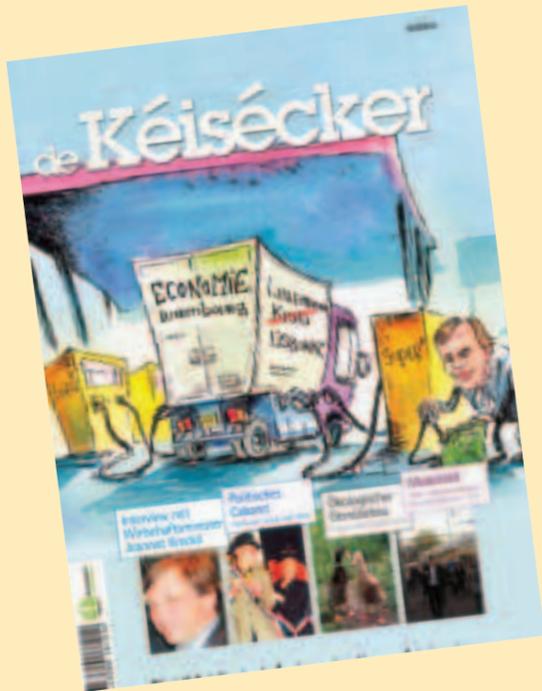


Steht die Luxemburger Regierung (noch) zu den Kyoto-Verpflichtungen?

Eine Reaktion des Mouvement Ecologique auf Aussagen des Wirtschaftsministers ...
oder ... Ein "Kéisécker"-Interview mit politischen Folgen...



Nachstehend eine Stellungnahme, die der Mouvement Ecologique in der Folge der Veröffentlichung der Dezember-Nummer des "Kéisécker" der Presse übermittelte. In der Tat hatten verschiedene Aussagen von Wirtschaftsminister J. Krecké im Kéisécker-Interview bei zahlreichen Mitgliedern heftige Reaktionen ausgelöst. Dies umso mehr, als sie zeitgleich mit der Klimakonferenz von Montréal veröffentlicht wurden...

Die Kyoto-Problematik war daraufhin auch Thema im Regierungsrat. Staatsminister J.Ci.Juncker stellte im Presse-Briefing im Namen der Regierung klar, dass für Luxemburg die Kyoto-Verpflichtungen weiterhin gelten würden und für ihn kein Gegensatz zwischen Ökologie-Ökonomie und Sozialem herbeigeredet werden solle.

Der Mouvement Ecologique begrüßt diese Aussage und hofft, dass nunmehr z.B. im Bereich energetische Altbausanierung, rationelle Nutzung von Energie, Öko-Effizienz und Umkehr in der Transportpolitik endlich konkrete Maßnahmen in die Wege geleitet werden.

Vielleicht hat das Interview mit dem Wirtschaftsminister im "Kéisécker" dazu geführt, dass die Diskussion ehrlicher und konkreter wird. Ja, dass die (an sich befremdende) Polemik zum Thema auch etwas Gutes an sich hat: nämlich, dass die Bereitschaft zum Handeln steigt. Denn bis dato, hat die Regierung doch recht wenig unternommen, um die CO2-Emissionen tatsächlich in den Griff zu bekommen.

Mit Befremden nimmt der Mouvement Ecologique eine Reihe von Aussagen von Wirtschaftsminister J. Krecké in einem Interview seiner Zeitschrift "De Kéisécker" zur Kenntnis. Positiv erachtet der Mouvement Ecologique den Willen des Ministers eine ökologische Steuerreform mit in die Wege zu leiten. Als unverant-

wortlich bezeichnet die Umweltgewerkschaft jedoch die These des Wirtschaftsministers, zur Wahrung des Luxemburger Sozialsystems und des hierzu erforderlichen Wirtschaftswachstums könnten ökologische Aspekte nur noch sehr begrenzt wahrgenommen werden. Ebenso problematisch sei zudem die ministerielle Aussage, eine Einhaltung des Kyoto-Protokolls würde die wirtschaftliche Entwicklung in Frage stellen und wäre entsprechend nicht ein oberstes Politikziel.

Der Mouvement Ecologique verweist in einer Stellungnahme darauf, dass diese Sichtweise nicht nur völkerrechtlichen Verpflichtungen unseres Landes widerspricht, sondern zudem in flagrantem Widerspruch zur Regierungserklärung sowie zu Aussagen anderer Regierungsmitglieder steht. Neben Umweltminister L. Lux und u.a. dessen Engagement auf EU-Ebene im Rahmen der Luxemburger Präsidentschaft, hat sich auch der delegierte Außenminister Nicolas Schmit im Rahmen der derzeit stattfindenden Klimakonferenz in Montreal im Namen der Luxemburger Regierung ausdrücklich für eine weit(er)gehende Klimaschutzpolitik ausgesprochen.

Ein Miteinander von Ökologie - Ökonomie und Sozialem, so der Mouvement Ecologique, sei einerseits unerlässlich für eine nachhaltige Entwicklung und sei andererseits auch mit wirtschaftlichen Chancen im Bereich der Innovation und der Standortsicherung verbunden. Dass diese Grundthese der Konferenz von Rio, die in vielen internationalen Konferenzen vertieft und bestätigt wurde, nun vom Wirtschaftsminister in Frage gestellt wird, sei absurd. Statt einer Zusammenführung der verschiedenen Interessen würde hier wieder versucht eine Polarisierung

herbei zu führen, nicht nur zwischen Ökologie und Ökonomie sondern auch zwischen Ökologie und sozialen Interessen.

Durch eine effiziente Initiative zur energetischen Altbausanierung könnten z.B. neue Arbeitsplätze geschaffen werden, durch ökologische Effizienzprogramme auf betrieblicher Ebene neue Technologien in die Wege geleitet werden. Dies würde neben einem Innovationsschub auch Standortvorteile bieten, ebenso wie durch eine Positionierung von Luxemburg als Standort für Umwelt- und Energietechnologien? Dies seien, so die Umweltgewerkschaft die wahren Herausforderungen einer zukunftsorientierten Wirtschafts-, Mittelstands- und Umweltpolitik gerade in Zeiten steigender Energiepreise und von allen internationalen Fachgremien anerkannten Klimaschutzziele.

Der Mouvement Ecologique richtet deshalb einen dringenden Appell an die Regierung, klar zu stellen, welches ihre offizielle Position im Klimaschutzbereich ist: Steht diese Regierung noch voll hinter dem Kyoto-Beschluß? Wird die Regierung dafür sorgen, dass, neben der Förderung erneuerbarer Energien, ein konkretes Maßnahmenpaket auch in Richtung rationelle Nutzung der Energie, ökologische Effizienzsteigerung, Prospektionsarbeit im ökologischen und energetischen Bereich, ökologische Steuerreform u.a.m. kurzfristig in die Wege geleitet wird?

Ist die Regierung bereit, den Diskussionsprozess - der im Rahmen der Lissabonstrategie hätte stattfinden müssen - über das Ineinandergreifen von Wirtschaft, Ökonomie und Ökologie - in die Wege zu leiten?

Nach "harmlosem" SEBES-Vorfall: Mouvement Ecologique fordert offene Diskussion über Wasserwirtschaft

Im Folgenden finden Sie eine Pressemitteilung, die der Mouvement Ecologique nach einem erneuten Zwischenfall bei der SEBES herausgab. Etwas spektakulär ist, dass daraufhin der Innenminister ein Interview gab, in dem er angab, alles liefe ... Dies war sicherlich zum Zeitpunkt, wo die Pressemitteilung herausgegeben wurde, nicht der Fall. So behauptete der Innenminister die Abänderung der Statuten sei im Begriff umgesetzt zu werden. Eine solche Änderung war zu dem Zeitpunkt nicht einmal beschlossen worden... Aber wer weiss: nach einigen weiteren Zwischenfällen wird sich vielleicht doch etwas ändern, auch wenn das SEBES-Image bis dahin etwas mehr angekratzt sein dürfte...

Vor kurzem stellten einzelne an die SEBES angeschlossene Gemeinden im Zentrum des Landes fest, dass das Trinkwasser in Trinkwasserbehältern eine leichte, unübliche Färbung aufwies. Gemäss Informationen des Wasserwirtschaftsamtes sei dies auf einen erhöhten Gehalt eines Spurenelementes (Mangan) zurückzuführen, der Genuss des SEBES-Trinkwassers sei weiterhin jedoch unbedenklich.

Trotz der angegebenen Harmlosigkeit dieses Vorfalls muss es allerdings erlaubt sein, Fragen aufzuwerfen, dies nachdem knapp 10 Monate seit dem letzten offiziellen SEBES-Vorfall im Januar verstrichen sind:

- Die Gemeinden, welche die leichte, unübliche Verfärbung des Wassers feststellten, waren nicht in der Lage Ihre Bürger über die Ursachen zu informieren. Den Gemeinden obliegt jedoch per Gesetz diese Verantwortung. Schon beim letzten SEBES-Vorfall zeigte sich, wie unbefriedigend diese Situation ist. Wäre es nicht an der Zeit an der Informationspolitik bzw. -pflicht etwas zu ändern?

- Anfang des Jahres wurde seitens der Behörden die Erstellung eines regelrechten Katastrophenplanes für das Eintreten eines Ernstfalles angekündigt. Wie weit ist die Entwicklung dieses Planes? Gleichzeitig wurde die Erstellung eines Audits der SEBES-Anlagen bzw. -funktionsweise in Aussicht gestellt. Ist dieses Audit fertiggestellt? Welches sind die Schlussfolgerungen? Wie steht es im übrigen mit der geplanten Statutenänderung des SEBES-Syndikates im Sinne eines präventiven Wasserschutzes?

- Vom Mouvement Ecologique und anderen Akteuren wurde nach dem SEBES-Zwischenfall im Januar gefordert, dass gemeindeeigene Quellen verstärkt erhalten und kommunale Wasserschutzgebiete kurzfristig ausgewiesen werden sollen. Hat das Innenministerium mittlerweile eine diesbezügliche Strategie entwickelt?

- Luxemburg ist gehalten, die Wasserrahmenrichtlinie kurzfristig umzusetzen, eine Direktive die sehr weitgehende Folgen für die Wasserwirtschaft haben wird. Dies auf allen Ebenen: betreffend die Qualität der Wasserläufe, das Kostendeckungs-Prinzip u.a.m. Wie weit ist das Ministerium mit der Umsetzung dieser Direktive? Um etwas Transparenz bei der Umsetzung dieser Direktive zu gewährleisten, hatte der Mouvement Ecologique die Schaffung einer Arbeitsgruppe gefordert. Warum wurde keine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen? Wie soll in Zukunft die Finanzierung von wichtigen Maßnahmen in der Wasserwirtschaft (z.B. Bau von Kläranlagen) abgesichert werden?

Der Mouvement Ecologique erwartet, dass diese Fragen in einer offenen und nachvollziehbaren Form geklärt werden, um der Bedeutung des Allgemeingutes "Wasser" gerecht zu werden.



Für demokratisch organisierte Gemeinden

Vorschläge zur Gestaltung des internen Reglementes über die Funktionsweise des Gemeinderates und der beratenden Kommissionen sowie die Information und Beteiligung der BürgerInnen



Ein internes Reglement regelt das genauere Funktionnement in den Gemeinden: vom Gemeinderat über die beratenden Kommissionen bis hin zur Kommunikation mit den BürgerInnen.

Nach den Wahlen sollen diese Reglemente überarbeitet werden. Grund genug

für den Mouvement Ecologique um konkrete Vorschläge zu erstellen.

Der Mouvement Ecologique hat den neuen Gemeinderäten Anregungen zugestellt, wie das interne Reglement einer Gemeinde aus demokratischer Sicht optimal gestaltet werden könnte.

In der Tat sieht Artikel 14 des Gemeindegesetzes vor, dass jeder Gemeinderat seine Funktionsweise in einem internen Reglement klären soll. 1989 hatte das Innenministerium allen Gemeinden Empfehlungen für ein derartiges Reglement zugestellt. Auf Anfrage des Innenministeriums wurde dem Mouvement Ecologique mitgeteilt, dass das Ministerium zu diesem Zeitpunkt keine neuen Vorschläge an die Gemeinden weiterleiten will.

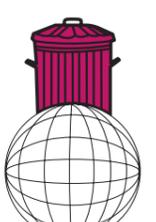
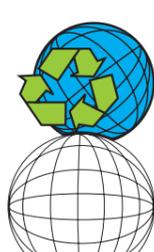
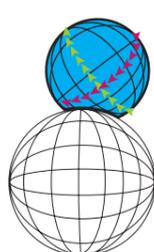
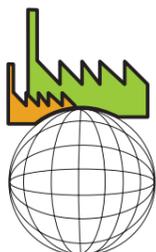
Der Mouvement Ecologique ist jedoch der Überzeugung, dass die Vorschläge des Ministeriums bereits 1989 verbesserungswürdig waren und sich nunmehr – über 15 Jahre später – ohne Zweifel eine Reihe Abänderungen aufdrängen. Vor allem auch da verschiedene neue Gesetzgebungen Einfluss auf die Gemeinden haben (z.B. die Reform des Syndikatsgesetzes, das Gesetz von 2005 betreffend den freien Zugang zu Informationen).

Deshalb arbeitete der Mouvement Ecologique – auf der Grundlage des Textes des Innenministeriums von 1989 – Anregungen für die Funktionsweise des Gemeinderates und der beratenden Kommissionen aus. Die vorgeschlagenen Abänderungen sind, insofern sie konform sind zu den gesetzlichen Vorgaben, absolut zulässig: jede einzelne Gemeinde kann demnach hierüber frei entscheiden. Dies hat das Innenministerium auch in bezug auf seinen Textvorschlag von 1989 klargestellt.

Vor allem auch die Zusammensetzung und Funktionsweise der beratenden Kommissionen sowie die allgemeine Informationspolitik bzw. die Bürgerbeteiligung sind aus unserer Sicht zentrale Herausforderungen der Zukunft. Ebenso die regionale Zusammenarbeit.

Setzen Sie sich dafür ein, dass ihre Gemeinde ein zeitgemäßes Reglement erhält. Sprechen Sie die Mitglieder des Gemeinderates darauf an!

Wir schicken Ihnen gerne die Vorschläge des Mouvement Ecologique (gemeinsam mit den Anregungen des Innenministeriums) zu. Sie können Sie aber auch auf der Internetseite www.oekozenner.lu einsehen. Doch aufgepasst: die Mehrzahl der Gemeinden arbeitet wohl derzeit am Reglement oder aber wird sich kein neues Reglement geben – dann bedarf es des Engagements von BürgerInnen, damit die Gemeinde doch noch aktiv wird.



Wesentliche Elemente des internen Reglementes in der Zusammenfassung

Nachstehend einige Elemente, die der Mouvement Ecologique im Rahmen des internen Reglementes spezifisch für verschiedene Artikel vorschlägt. Im Textvorschlag sind sie natürlich auf französisch eingefügt und in den Reglementsentswurf des Innenministeriums integriert. Außerdem können lediglich die Grundideen dargelegt werden, nicht aber das Detail (das gesamte Reglement hat fast 12 Seiten):

- Es sollte festgelegt werden, dass das Koalitionsabkommen / die Schöffenratsklärung veröffentlicht wird.
- Im Sinne einer politischen Transparenz sollten die politischen Verantwortlichen Ehrenerklärungen über ihre Mandate u.a. in kommerziellen Gesellschaften abgeben.
- Eine kontinuierliche Weiterbildung der Gemeindeverantwortlichen ist im Interesse der Gemeinde. Deshalb sollte die Gemeinde diese unterstützen, in dem z.B. die Einschreibgebühr übernommen wird. Darüber hinaus sollte gewährleistet sein, dass der Gemeinderat zu jeder Zeit Experten zu Rate ziehen kann.
- Im Reglementsentswurf des Innenministeriums ist vorgesehen, dass das einzelne Gemeinderatsmitglied für die Erstellung einer Kopie zahlen muss. Eine offenere Vorgehensweise ist sinnvoller.
- Das Interesse der BürgerInnen an der Gemeindepolitik kann auch dadurch verstärkt werden, dass die Gemeinderatssitzungen zu einem Zeitpunkt stattfinden, wo auch berufstätige BürgerInnen daran teilnehmen können. Wichtig ist es auch, die Termine und Tagesordnungspunkte der Gemeinderatssitzungen breitestmöglich anzukündigen.
- Bereits in seinen Vorschlägen von 1989 maß das Innenministerium dem "Gemengebued" eine gewisse Bedeutung bei. Allerdings sollten die Gemeinden nun, 15 Jahre später, über diese Vorschläge von 1989 hinausgehen und die BürgerInnen noch konsequenter und transparenter informieren (z.B. betreffend die Veröffentlichungsrechte im "Gemengebued", die Rechte der beratenden Kommissionen Berichte zu veröffentlichen u.a.m.) u.a. auch per Internet.
- **Beratende Kommissionen** sind ein wichtiges Instrument in einer Gemeinde. Sie erlauben
 - * eine Beteiligung der EinwohnerInnen an Entscheidungen
 - * eine bessere Wahrnehmung der verschiedenen Sichtweisen in der Bevölkerung
 - * eine Einbindung der EinwohnerInnen, auch im Sinne von "Verantwortung übernehmen"
 - * eine Unterstützung der Gemeindeführung. Es ist deshalb von eminenter Bedeutung:
 - * für eine wirklich demokratische Besetzung der Kommissionen Sorge zu tragen
 - * sowie die Rechte und Pflichten der Kommissionen deutlicher zu regeln.
 Im Rahmen des Reglementsentswurfs macht der Mouvement Ecologique sehr konkrete Vorschläge. U.a. tritt er dafür ein, dass Kommissionen öffentlich ausgeschrieben werden.
- Das interne Reglement der Gemeinde sollte aufgewertet werden, indem die Bürgerbeteiligung als wesentliches Element der Funktionsweise der Gemeinde festgeschrieben wird. Des Weiteren ist es sinnvoll zu regeln, dass der Schöffenrat seine Einwohner mindestens einmal während seiner Amtszeit über den Stand der Umsetzung des Koalitionsabkommens informiert.
- Mittlerweile besteht ein breiter Konsens, dass die Zusammenarbeit zwischen einzelnen Gemeinden sowie in der Region verstärkt werden soll. Das Syndikatsgesetz regelt z.T. die demokratischen Prozeduren innerhalb dieser Strukturen. Angesichts der zunehmenden Bedeutung der interkommunalen Zusammenarbeit aber wäre es sinnvoll im internen Reglement auch die diesbezüglichen Modalitäten genauer zu klären.

Fragen Sie die genauen Vorschläge des Mouvement Ecologique nach: Tel. 439030-1 oder schauen Sie auf unserer homepage rein: www.oekozenner.lu



de **Kéisecker**
Mouvement Ecologique

Info

Bilanz nach Jahrzehnten von Klimaschutz und budgetäre Situation zwingen

In einer rezenten Pressekonferenz ging der Mouvement Ecologique auf die aktuelle Entwicklung in der Mobilität ein. Im folgenden seien lediglich die Aspekte betreffend die moderne Stadtbahn sowie die budgetäre Situation wiedergegeben, da diese wohl für die Mehrzahl der Mitglieder von besonderem Interesse sein dürften.

Darüberhinaus ging der Mouvement Ecologique aber auch auf Koordinationsprobleme bei der aktuellen Mobilitätsplanung, auf die Durchführung des sektoriellen Planes Transport sowie den Kyoto-Prozess ein.

Die detaillierte Stellungnahme kann auf der homepage www.oekozen.lu des Mouvement Ecologique eingesehen werden. Sie wird aber jedem auch auf Wunsch gratis zugestellt: Tel. 439030-1.

Eine Zusammenfassung der Pressekonferenz finden Sie im Kasten auf dieser Seite des Kéisecker-Infos.

Die moderne Stadtbahn – Nägel mit Köpfen machen!

Die aktuelle Entwicklung in Sachen "Stadtbahn" ist schwer von "außen" einzuschätzen, da recht wenig konkrete Informationen über die detaillierte Vorgehensweise der Arbeitsgruppe zwischen Staat und Stadt Luxemburg vorliegen.

Der Mouvement Ecologique möchte an dieser Stelle nicht auf Spekulationen eingehen, sondern seine Erwartungen an ein neues Schienenmittel erneut darlegen:

Der Mouvement Ecologique basiert sich hierbei auf folgende Grundüberlegung: Beim Ausbau des Schienennetzes klare Prioritäten setzen – aus transportpolitischen, aber auch aus budgetären Gründen!

Aus dieser Sichtweise ergeben sich folgende Überlegungen.

3.1. Die Strecke Bahnhof – Findel – Kirchberg darf keine erste Priorität darstellen

Es scheint aufgrund zahlreicher Aussagen der politisch Verantwortlichen festzustehen, dass der Bau einer neuen Schienenleitung via Bahnhof Dommeldingen – Findel – Kirchberg – Bahnhof Stadt Luxemburg aus technischen Gründen in ihrer Gesamtrasse nicht mehr aktuell ist.

Der Mouvement Ecologique vermag diese Entwicklung aus technischer Sicht kaum zu bewerten, mit Nachdruck möchte er aber auf folgende wesentliche Aspekte hinweisen.

- Teilstrecke Luxemburg / Bahnhof – Findel – Kirchberg: bis dato immer nur eine Ausbaustrecke einer weitergehenden Trasse, die nunmehr in Frage gestellt ist!

Die Trasse Luxemburg/Bahnhof – Findel – Messehallen beträgt ca 8,4 km. Sie wird im gleichen Gesetzestext festgehalten, wie die Anbindung des Kirchbergs-Plateau via Bahnhof Dommeldingen und ist somit Teilstück eines Ganzen: einer Strecke, die eine Art "Ring darstellt": Bahnhof-Luxemburg bis Bahnhof Dommeldingen via Kirchberg.

Bis dato war die Verbindung Luxemburg/Bahnhof – Findel – Messehallen lediglich als "zweite Phase" des gesamten Projektes geplant, sie genoss nie eine Priorität, auch im Gesetzestext nicht. Hier war die Trasse via Dommeldingen als erste Phase vorgesehen. Verwiesen sei darauf, dass in zahlreichen Gutachten zum Gesetzesprojekt sehr skeptische Anmerkungen zur Trassierung über den Flughafen zu finden waren (Staatsrat u.a.).

Es ist nun mehr denn fraglich, wenn eine Teiltrasse zu einer Priorität erhoben werden soll, die immer nur als zweite Phase

einer Gesamtrasse zur Debatte stand – ja, in der Luxtraffic-Studie gar nicht mal verankert war! Dies vor allem auch dann, wenn Phase 1 nicht mehr realisiert werden soll.

- Trasse via Findel als transportpolitische Priorität äußerst umstritten

Die Bedeutung der Trasse via Findel gegenüber anderen Schienenprojekten ist in der Tat mehr denn umstritten. Dies aus zahlreichen Gründen:

* Warum als erstes auf einer Trasse eine Linie bauen, wo heute vergleichsweise die wenigsten BürgerInnen wohnen und arbeiten? Sicherlich, so manch einer denkt an eine weitere Entwicklung der Kaltgesbréck, des gesamten Flughafenareals ... Doch ist diese tatsächlich in dem Ausmaß erwünscht? Entspricht sie dem Stadtentwicklungskonzept der Gemeinde, oder sollten andere Gebiete bevorzugt entwickelt werden? Entspricht sie dem Anspruch der Dezentralisierung, einem der Hauptziele des "programme directeur" der Landesplanung? Und wird die Entwicklung dieser Gebiete tatsächlich in jenem Ausmaß erfolgen, wie sich das so mancher erwartet?

* Darüberhinaus stellt sich die berechtigte Frage, ob eine "Fahrt über Land" mit der Stadtbahn vom Bahnhof über Findel zum Kirchberg von 8 km überhaupt wirklich attraktiv für die Nutzer ist. Besteht nicht die Gefahr, dass hier viel Geld in eine Neubaustrecke über Land investiert wird und so manch einer aber lieber auf den Bus zurückgreift, da diese Fahrt (vor allem abhängig davon, wo man auf Kirchberg arbeitet!) schneller und kürzer ist als diejenige über 8 km "querfeldein"?

* Nicht zuletzt: dieser Schienenneubau würde unzweifelhaft sehr teuer, auch wegen eines über 4 km langen Tunnels. Von gut 8 Milliarden Luf wird gesprochen ... dabei ist der Bau eines Bahnhofes bei den Messehallen nicht einmal mit bedacht und so schnell auch nicht möglich (!)

Es besteht die reelle Gefahr, dass deshalb erhebliche Gelder (und Zeit) in ein Projekt investiert werden würden, das zu diesem Zeitpunkt nicht die oberste Priorität darstellt.

In der Konsequenz spricht sich der Mouvement Ecologique gegen die Trasse Flughafen – Kirchberg als erste Trassierung einer neuen Schieneninfrastruktur aus.

3.2. Ja zu einer prioritären Anbindung des Stadtkerns und der wesentlichen Entwicklungspole der Stadt Luxemburg

Der Mouvement Ecologique begrüßt ausdrücklich, dass die Verantwortlichen der Stadt Luxemburg angeben, sie wären offen für die Lösung des Baus einer modernen Stadtbahn durch die Stadt selbst.

Es gilt diese Bereitschaft zu nutzen, um wieder die Trassierung als Priorität umzusetzen, die unumstritten in allen bisherigen staatlichen Planungen als wichtigste anerkannt wurde: die Trasse durch die Stadt Luxemburg. Auf diese Trasse sollte alle Kraft und Geld verwendet werden.

Wobei der Mouvement Ecologique jedoch anerkennt, dass nach der Luxtraffic-Studie 10 Jahre ins Land gegangen sind und sich die Zeit genommen werden sollte, in Verknüpfung mit den alten Planungen folgende weitere Fragen aufzuwerfen:

- Entwicklung der verschiedenen Stadtviertel berücksichtigen: Verschiedene Viertel der Stadt Luxemburg kennen eine sehr starke Entwicklung und werden sich in den nächsten Jahren gemäß den Entschlüssen der Stadtplanung sehr stark entwickeln. Stichworte sind: Geeseknäppchen, Cloche d'Or, Ban de Gasperich. Eine Trassierung der modernen Stadtbahn müsste dieser Entwicklung unbedingt Rechnung tragen.

- Stadtkern und Verbesserung der Urbanität: Die neue Schienenverbindung sollte weiterhin als Instrument zur Verbesserung der Anziehungskraft und der Urbanität der Stadt im allgemeinen und des Stadtkerns im besonderen genutzt werden.

- Bau von Peripherbahnhöfen berücksichtigen: Eine Überlastung des Bahnhofs Luxemburg zu Spitzenstunden ist bereits heute gegeben. Sie wird untragbare Ausmasse



Zusammenfassung der Stellungnahme

In einer Pressekonferenz weist der Mouvement Ecologique auf zahlreiche Probleme hin. Obwohl die Bereitschaft grundsätzlich begrüßt wird, stellt die Umweltgewerkschaft weiterhin wesentliche

Mobilitätsplanung ist Kyoto-Blind

Die derzeitige Mobilitätsplanung in Luxemburg ist laut Mouvement Ecologique "Kyoto-blind". Bei allen bisherigen Planungen sei nicht der Tatsache Rechnung getragen worden, dass auch im Verkehrsbereich der CO₂-Ausstoß bis 2010 reduziert werden muss. Die Planungen aber (auch das IVL-Konzept) gingen vielmehr von einer weiteren massiven Steigerung aus. De facto bedeute dies in der Perspektive einer notwendigen Reduzierung der Emissionen, dass andere Bereiche wie Industrie und Haushalte den Anstieg der CO₂-Emissionen im Verkehrsbereich kompensieren müssten. Dies wäre aber weder machbar noch gesellschaftspolitisch durchsetzbar. Auch ein Freikauf stelle keine Lösung dar, so der Mouvement Ecologique, da die EU hier Grenzen für einen Freikauf setze. So notwendig auch ein Ausstieg aus dem Tanktourismus sei, so reiche auch dieser mittelfristig nicht aus, um die Situation im Verkehrsbereich zu mindern, falls der Inlandverkehr weiter anwachsen würde. Mittelfristig führe kein Weg an einer radikalen Wende in der Mobilitätsplanung vorbei.

Eine kohärente Planung mit Prioritäten ist noch immer nicht gegeben

Als äußerst problematisch wertet der Mouvement Ecologique jedoch auch das derzeitige Vorgehen betreffend die allgemeine Mobilitätsplanung. Das Transportministerium plane im Bereich "öffentlicher Transport", das Bautenministerium seinerseits den Straßenbau. Eine kohärente integrierte Gesamtplanung finde derzeit nicht statt; es würde nicht ausreichend untersucht, inwiefern der Ausbau des öffentlichen Transportes eine Alternative zu bestimmten Straßenprojekten sein könne. Es fehle, so der Mouvement Ecologique, u.a. letztlich an der Setzung von klaren Prioritäten zwischen Schiene und Straße sowie einer kohärenten Mobilitätsplanung. Statt im "stillen Kämmerlein" müsse die Vorgehensweise bei der Erstellung des sektoriellen Planes "Transport" nach außen transparent und nachvollziehbar werden. Vorgeschlagen wird u.a. die Einsetzung einer Begleitgruppe mit allen interessierten Akteuren.

Ja zu einer modernen Stadtbahn durch den Stadtkern – Nein zu einer Trassierung über das Flughafenareal

Deutliche Worte findet der Mouvement Ecologique auch in Sachen moderne Stadtbahn. Die Trasse von 8 km Bahnhof-Flughafen-Kirchberg "querfeldein" stellt für die Umweltgewerkschaft keine erste Priorität dar, dies u.a. aus Gründen der Kosteneffektivität und der begrenzten Zeitersparnis gegenüber dem Bus.

Unpassender Prioritätensetzung: Anliegen zu Umdenken in der Mobilitätspolitik



Annahme des Mouvement Ecologique

...die Inkohärenzen auf der Ebene der staatlichen Mobilitätsplanung hin.
...stärker in den öffentlichen Transport zu investieren,
...die Politikdefizite fest, so vor allem die vier folgenden:

Diese Teilstrecke wäre im übrigen immer nur als "zweite Phase" einer neuen Schieneninfrastruktur geplant gewesen, wobei die erste Phase ja nun nicht mehr realisiert werden soll (Anbindung Bahnhof Dommeldingen – Kirchberg). Alle Zeit, Kraft und Gelder sollten vielmehr nun erneut in das Projekt gelegt werden, das von Anfang an die meiste Zustimmung kannte: die moderne Stadtbahn durch das Stadtzentrum! Wobei es aber die rezenten Entwicklungen zu berücksichtigen gelte und Viertel, die sich besonders entwickelt haben, angebunden werden müssten (z.B. "Gésseknappechen", Gasperich, Cloche d'Or). Entsprechend sollte auch die Frage der Peripherbahnhöfe geklärt werden. Was die Entscheidung "Tram" oder "Train-Tram" betrifft, so optiert der Mouvement Ecologique – aufgrund der Entwicklungen – für eine moderne Stadtbahn, wobei die neue Schieneninfrastruktur auch später für einen Train-Tram nutzbar sein müsste). Dabei komme jedoch dem Umsteigen ohne Zeitverlust – im Rahmen der Neugestaltung des Bahnhofareals bzw. der Entlastung des Hauptbahnhofs durch die Peripherbahnhöfe – eine besondere Bedeutung zu.

Die zukünftige Standorte der Uni Lëtzebuerg so "Belval-West" und "Hauptstadt" müssten, laut Umweltgewerkschaft, mit einem modernen schienengebundenen öffentlichen Transportmittel sowohl einzeln erreichbar als auch dadurch miteinander verbunden sein, ebenso wie der Standort der Universitätsbibliothek.

Für wirkliche Prioritäten in der Budgetpolitik

Im öffentlichen Diskurs wurde die Situation seitens verschiedener Regierungsvertreter so dargestellt, als ob tatsächlich eine Prioritätensetzung im Mobilitätsbereich erfolgt sei und de facto ein gewisses Moratorium für den Bau weiterer Straßenbauprojekte entschieden worden wäre. Dies entspricht jedoch nicht ganz der Realität. Der Mouvement Ecologique stellt aufgrund der Durchsicht zahlreicher Dokumente, u.a. der pluriannuellen Finanzplanung der Regierung, fest, dass im Gegenteil sogar Budgetmittel für Straßenbauprojekte vorgesehen werden (aufgelistet in der Prioritätenliste der Infrastrukturprojekte der Regierung!) die noch nicht beschlossen sind. So z.B. 50.000.000 Euro für die Umgehung von Bascharage. Auch wird z.B. die Untersuchung von 30 Straßenbauprojekten vorangetrieben. Die Umweltgewerkschaft setzt sich dafür ein, dieser immer noch bestehenden Doppelstrategie Einhalt zu gebieten und ein Moratorium für Straßeninfrastrukturen (auch denjenigen des IVL-Konzeptes) zu beschließen. Dies sei die einzige Möglichkeit einen höheren Modal-Split im Rahmen der begrenzten finanziellen Möglichkeiten zu erreichen.

annehmen, wenn das modal split sich zu Gunsten des öffentlichen Transportes verschieben wird. Entsprechend sollte nicht nur der Umbau des Bahnhofs zügig vorangetrieben werden, sondern auch parallel zur Tramplanung die Debatte geführt werden, inwieweit Peripher-Bahnhöfe eine Entlastung des Hauptbahnhofs gewährleisten können und inwiefern eine bessere Bedienung von Stadtvierteln durch Peripherbahnhöfe möglich ist.

- Datenlage aktualisieren: Auch sollte mittels einer Aktualisierung der Datenlage geklärt werden, welche effektive Entwicklung besonders der Arbeitsstandorte u.a. in Zusammenhang mit dem Pendleraufkommen in den letzten Jahren erfolgt ist, welche Perspektiven kurz- und mittelfristig gegeben sind und welche Konsequenzen deswegen in der Trassierung der modernen Stadtbahn gezogen werden müssen.

Alle diese Fakten müssten an sich recht schnell verfügbar sein, wurde doch in den vergangenen Jahren so manches bereits untersucht. Deren Erstellung dürfte kaum zu einer eigentlichen Verzögerung der Planung führen. Vielmehr erlauben sie eine Trassierung zurückzubehalten, die tatsächlich angesichts der rezenten Entwicklung die optimalste wäre.

Exkurs: "Train-Tram" versus moderne Stadtbahn

Mit einem gewissen Befremden hat der Mouvement Ecologique zur Kenntnis genommen, dass seitens der CFL nunmehr angeführt wurde, ein "Train-Tram" könne erst 2017 auf dem klassischen Schienennetz fahren. Diese Aussage der CFL ist zum Teil umstritten, allerdings wäre es wohl problematisch, dem Betreiber des Schienennetzes "den Arm biegen" zu wollen.

Der Mouvement Ecologique sieht im "train-tram" kein Tabu, das nicht in Frage gestellt werden dürfte. Es sei auch darauf verwiesen, dass in der ursprünglichen Studie zur modernen Stadtbahn, die von der Technischen Universität Wien im Auftrag vom Mouvement Ecologique, der Stiftung Öko-Fonds sowie der Tram asbl. erstellt wurde, von einer modernen Stadtbahn die Rede war. Für den Mouvement Ecologique sind in diesem Zusammenhang folgende Elemente von grundlegender Bedeutung:

- Im Falle einer Stadtbahn muss gewährleistet werden, dass das Umsteigen auf Bahnhof Luxemburg im Rahmen der Neugestaltung besonders attraktiv und ohne Zeitverlust erfolgen kann!
- Eine Ausbaumöglichkeit auf das klassische Schienennetz mit neuem Material sollte für einen späteren Zeitpunkt offen gehalten werden. Entsprechend wäre wohl die Einführung einer modernen Stadtbahn sinnvoll, jedoch unter Bedachtnahme der technischen Anforderungen (u.a. Spurenbreite), die ggf. später auch einen "train-tram" zulassen würde.
- Aus den Augen verloren werden darf auch keinesfalls, dass die Idee besteht, auch im Süden des Landes ein neues Schienennetz einzuführen. Eine Lösung im Zentrum des Landes dürfte diesem Anspruch nicht zuwiderlaufen. Diese so wichtige Verbindung wird im Übrigen auch im IVL umrissen.

Selektive budgetäre Prioritäten in der Bauten- und Transportpolitik!

Im Rahmen der Budgetdebatten wurde mehr als deutlich, dass Luxemburg sich nicht mehr den Luxus der vergangenen Jahre leisten kann, es scheinbar "jedem gerecht machen" zu wollen. In der Konsequenz muss auch dem "Laisser faire" in der Transportpolitik der vergangenen Jahre Einhalt geboten werden: das Weiterführen der "Doppelstrategie" im Transportbereich ist nicht länger zulässig: man kann nicht gleichzeitig einen weiteren Ausbau des Straßennetzes und einen solchen der Infrastrukturen des öffentlichen Transportes wollen. Diese langjährige Doppelstrategie ist zum einen kontraproduktiv

und zum anderen budgetär nun definitiv nicht mehr vertretbar!

Die Tatsache, dass derzeit verstärkt Gelder für den Ausbau des öffentlichen Transportes vorgesehen werden, ist in diesem Zusammenhang sicher begrüßenswert. Diese positive Entwicklung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass gleichzeitig die Planung und der Bau weiterer Straßenbauprojekte weiter vorangetrieben werden, trotz anderer Aussagen. Während nach Außen der Eindruck vermittelt wird, als würde der sektorielle Plan Transport prioritär erstellt und während dem bestünde ein gewisses Moratorium für weitere Straßenbauprojekte, scheint die Realität eine ganz andere zu sein. Einige Fakten:

- Im Dokument "présentation des priorités du gouvernement en matière de projets d'infrastructures de l'Etat", das in der Sitzung vom 31. Oktober der Finanz- und Budgetkommission der Abgeordnetenkammer vorgestellt wurde, werden u.a. folgende Straßenbauprojekte als prioritär in Planung / Umsetzung angeführt:

- * Elargissement des autoroutes A3 et A6 entre Mamer et Bettembourg

- * N34 - raccordement route d'Arlon à route de Longwy-tronçon médian

- * diverse Umgehungsstraßen werden untersucht, so folgende: Ettelbrück N7/N15 - Bascharage und Dippach N5 - Feulen - Heinerscheid - Remich - Bous Lot II - Hosingen - Troisvierges.

- Vor allem aber werden im Staatshaushalt ("pluriannuelle Finanzplanungen") befremdende Projekte angeführt, wie folgende Tabelle sowie die Tabellen im Anhang zeigen:

- Des Weiteren sind im staatlichen Haushalt 2006 Gelder für die Evaluierung von etwa 30 weiteren Straßenbauprojekten vorgesehen! Gelder für die Untersuchung wichtiger Schienenprojekte, wie z.B. durch die Hauptstadt, finden keine Erwähnung!

- Parallel zur begrüßenswerten erhöhten Dotierung des "fonds du rail" (bis 2009 sind wohl Gelder für die Umsetzung der Trassierung via Findel vorgesehen) kann man feststellen, dass hier Gelder für wesentliche Infrastrukturprojekte fehlen, die z.T. weitaus mehr in der Diskussion standen, als verschiedene angeführte Straßenbauprojekte. Dies gilt vor allem für den Bau

- * der modernen Stadtbahn durch das Stadtzentrum
- * der Peripherbahnhöfe auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg.

Andere wichtige Projekte, wie die Konzeption einer modernen Stadtbahn im Süden des Landes, sind ebenso nicht vorgesehen.

- Gleichzeitig steht folgendes im Dokument der "Cour des Comptes" zu den Investitionsfonds zu lesen: "Le programme pluriannuel table sur des produits d'emprunt de l'ordre de 1 milliard d'euros entre 2005 et 2009, répartis à charge égale entre le Fonds du rail et le Fonds des routes". (!!)

Die Analyse ist demnach recht einfach:

- es wird in positiver Weise mehr Geld für den öffentlichen Transport zur Verfügung gestellt;

- parallel aber werden z.T. im Widerspruch zu anderen Aussagen massiv Gelder für weitere Straßenbauprojekte vorgesehen. Wobei es auffällt, dass es sogar massiv Gelder für den Bau von Straßen sind, die überhaupt noch nicht entschieden sind (50.000.000 Euro für die Umgehung von Bascharage - 5.200.000 für die Umgehung von Differdingen).

- es fehlen noch immer Budgetmittel für wichtige Projekte auf der Ebene der öffentlichen Transportmittel - es müssen vor allem umgehend Gelder für die moderne Stadtbahn sowie Peripherbahnhöfe zur Verfügung gestellt werden!

Fazit: Eine budgetäre Prioritätensetzung ist somit de facto nicht erfolgt, ist aber unbedingt erforderlich!

Einige in dieser Pressemitteilung angesprochene Dokumente im Finanzbereich finden Sie auf der homepage www.oekozen.lu, im Anhang der detaillierten Stellungnahme. Vor allem die Liste der vorgesehenen Straßenbauprojekte dürfte so manchen interessieren.



Das EcoLabel für Tourismusbetriebe Umweltfreundlicher Tourismus auch in Luxemburg

Das "EcoLabel" ist eine vom Tourismusministerium und Umweltministerium getragene Initiative und steht für umweltfreundliche Tourismusbetriebe in Luxemburg.

Seit nunmehr sechs Jahren wird das "EcoLabel" an Hotels, Campings, Ferienwohnungen und Gruppenunterkünfte (wie z.B. Jugendherbergen) verliehen, die sich durch eine besonders umweltfreundliche Betriebsführung auszeichnen.

Die Umweltberatung des OekoZenter Lëtzebuerg ist mit der Gesamtkoordination des "EcoLabel" betraut. An erster Stelle stehen die fachliche Beratung und Unterstützung der Betriebe auf dem Weg zu einem umweltfreundlichen Betriebsmanagement. Dies einerseits durch eine persönliche Beratung vor Ort, andererseits durch die Organisation von Workshops und Seminaren zu verschiedenen Themen, wie zum Beispiel zu konkreten Fragen des Abfallmanagements.

Darüberhinaus zeichnet das OekoZenter Lëtzebuerg für Marketing und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich, um den Bekanntheitsgrad des Umweltzeichens bei den Tourismusbetrieben aber auch bei den Gästen im In- und Ausland weiter zu steigern.

Im Frühjahr 2005 wurden **5 neue Beherbergungsbetriebe** von einer unabhängigen Prüfungskommission auf die Einhaltung von insgesamt 99 Kriterien in den Bereichen Wasser, Energie, Abfall, Beschaffung und Information der Gäste erfolgreich geprüft.

Die folgenden Betriebe zeichnen sich durch eine effiziente Energie- und Wassernutzung, ein

durchdachtes Abfallmanagement, eine ökologische Bau-, Informations- und Beschaffungspolitik sowie ein umweltorientiertes Serviceangebot für Gäste aus, und dürfen sich nun für die nächsten 3 Jahre mit dem Umweltzeichen schmücken:

- Camping Officiel de Clervaux, www.camping-clervaux.lu;
 - Centre SNJ Hollenfels, www.snj.lu/hollenfels
 - Hôtel de la Poste****, Esch-sur-Alzette, www.hotel-de-la-poste.lu
 - Hôtel "Aux Anciennes Tanneries" ***, Wiltz, www.auxanciennestanneries.com
 - Hotel Simon's Plaza, Grevenmacher, www.simons-plaza.com
- Fernand Boden, Minister für Mittelstand und Tourismus, überreichte im Rahmen einer Feier den Vertretern der Betriebe die EcoLabel-Urkunden.

Myriam Schiltz
Tel: 43 90 30 - 44
emweltberodung@oekozenler.lu

Strom sparen im Haushalt Energiesparende Haushaltsgeräte schonen die Umwelt und entlasten die Briefftasche

Elektronische Geräte sind heute aus keinem Haushalt mehr wegzudenken. Kühlschrank, Waschmaschine, Geschirrspüler, ... - zahlreiche elektronische Helferlein unterstützen uns bei der Hausarbeit.

Leider sind diese Geräte häufig richtige Stromfresser, die nicht nur die Haushaltskasse sondern vor allem die Umwelt belasten. Bei der Stromherstellung durch Verbrennung von Rohstoffen werden wertvolle natürliche Ressourcen verbraucht und große Mengen des Treibhausgases Kohlendioxid ausgestoßen.

Es lohnt sich also in doppelter Hinsicht beim Neukauf von Haushaltsgeräten auf deren Energieeffizienz zu achten.

Dies ist heute einfacher denn je, denn Kühl- und Gefriergeräte, Wäschetrockner, Waschmaschinen, Geschirrspüler, Elektro-Backöfen, Lampen und Raumklimageräte müssen gemäß einer EU-Richtlinie europaweit das EU-Energie-Label tragen.

Der Käufer kann somit Informationen zu Energieeffizienz und -verbrauch direkt vom Gerät ablesen und baugleiche Geräte untereinander vergleichen.

Die Geräte werden in sieben Effizienzklassen von A bis G eingeteilt.

Dabei steht der Buchstabe A für einen besonders sparsamen und G für einen sehr hohen Energieverbrauch. Die Effizienzklasse A, bei Kühl- und Gefrierschränken nochmals unterteilt in A+ und A++, bezeichnet die sparsamsten Geräte und sollte ausschließlich in Betracht gezogen werden.

Das Energie-Label gibt zudem weitere Auskünfte, die für eine umweltbewusste Kaufentscheidung wichtig sind, z.B. Jahresverbrauch in Kilowattstunden, Fassungsvermögen, Wasserverbrauch oder Geräuschpegel des Gerätes.

Achten Sie also bei Ihrem nächsten Kauf von elektronischen Haushaltsgeräten auf das EU-Energie-Label und auf den Buchstaben A - denn Stromsparen und Umweltschutz beginnen schon beim Gerätekauf.

Übrigens: Viele Gemeinden unterstützen Privathaushalte beim Kauf von energieeffizienten Elektrogeräten und bieten finanzielle Beihilfen. Informieren Sie sich vor dem Kauf bei Ihrer Gemeinde!

Eine Broschüre mit Informationen zum EU-Energie-Label, Energieeffizienz-Tipps für Ihren Haushalt sowie interessante Internet-Links zum Thema "Strom sparen im Haushalt" finden Sie auf der Homepage des OekoZenter Lëtzebuerg www.oekozenler.lu oder erhalten Sie direkt bei der Umweltberatung unter der Telefonnummer 43 90 30 - 44.



OekoZenter Lëtzebuerg

6, rue Vauban
L-2663 Luxembourg
Tel.: 43 90 30-40/Fax: 43 90 30-43
e-mail: oeko-fonds@oekozenler.lu
www.oekozenler.lu
CCP IBAN LU96 1111 0734 1886 0000
BCEE IBAN LU31 0019 1100 4403 9000

Nawaro-Einsatz : Vom Feld bis zur Steckdose

Vom 2. bis 4. Februar 2006 findet im Hotel Eifelstern in Bitburg (D) ein grenzüberschreitendes VLF-Bundesseminar für Biogasanlagenbetreiber statt. Das Thema dieser Weiterbildungsveranstaltung lautet: " Nawaro-Einsatz : Vom Feld zur Steckdose - Problemlösungen für Anbau, Konservierung, Beschickung und Ausbringung ! ". Das OekoZenter Lëtzebuerg sowie die Lëtzebuerg Jongbauern a Jongwënzer sind Co-Organisator dieser Veranstaltung, welche sich gezielt an Landwirte richtet, die bereits über eine eigene Biogasanlage verfügen oder in der konkreten Planungs- bzw. Bauphase sind.

Besonders in einer vom Grünland geprägten Region wie der Eifel-Ardennen-Region, wo der Maisanbau an seine Grenzen stößt, bedarf es Alternativen, welche sowohl den ökonomischen wie ökologischen Anforderungen eines nachhaltigen Anbaus von Energiepflanzen gerecht wird. Deutschsprachige Fachleute im Energiepflanzenbereich werden verschiedene Themen erörtern und mit Praktikern ausführlich diskutieren.

Weitere Informationen erhalten sie beim Berater der Ökologesch Landwirtschaftsberodung (Tel. : 81 77 78).

Stellen Sie sich die Südregion in 15 Jahren vor! - Großer Fotowettbewerb

Der Luxemburger Süden hat sich ein regionales Leitbild gegeben. Seine Hauptaussagen sollen durch einen Fotosconcours der Bevölkerung vorgestellt werden. Die Aufgabe besteht darin, eine persönliche Antwort auf die Frage nach der Zukunft der Region zu geben. In acht verschiedenen Handlungsfeldern, darunter auch Umwelt und Mobilität, sind Eingaben möglich (Regionales Management; Freizeit-Kultur-Tourismus; Wirtschaftsentwicklung; Umwelt; Mobilität; Soziales Umfeld; Innovation, Technologietransfer, Bildung; Siedlungsentwicklung, Wohnen.

Die Wirkung eines Leitbilds lebt von einem breiten Bekanntheitsgrad und einer hohen Zustimmung. Mit einem großen Fotosconcours will PRO-SUD für das Leitbild werben. Die Aufgabe besteht darin, die Leitmotive aus einer persönlichen Sicht fotografisch umzusetzen. Was ist heute schon in den zwölf Syndikatsgemeinden zu finden, was auf das Jahr 2020 hinweist?

Der Wettbewerb ist am 17. Oktober gestartet und endet am 31. Dezember 2005. Auf die beiden Altersklassen Jugend (bis 18 Jahre) und Erwachsene warten attraktive Preise von heimischen Sponsoren. Zusätzlich sind eine Wanderausstellung der prämierten Bilder und eine Internetseite mit allen Eingaben geplant.

Die Leitbildbroschüre und weitere Informationen erhalten Sie unter fotosconcours@prosud.lu, unter www.prosud.lu oder bei Isabelle Renoir unter der Telefonnummer 54 73 83 536; die Leitbildbroschüren sind auch bei den Gemeinden erhältlich.

Auflösung des Oeko-Foire Quiz ... "Aus der Loft gegriff "

Sie erinnern sich noch? Auf der Oeko-Foire fand ein interessantes Quiz statt, an der sich zahlreiche Personen beteiligten. Die BesucherInnen sollten angeben, ob Sie glauben würden, folgende Aussagen seien richtig, oder aber "aus der Loft gegriffen" und falsch. Hier nun die Auflösungen ... (die Gewinner wurden schriftlich benachrichtigt):

- Im Jahre 1950 zählte das Schienennetz Luxemburgs 136 Haltepunkte: heute gibt es deren 71. Richtig!
- 1981 betrug die Einwohnerzahl des luxemburger Landes 361.600 Einwohner. 2001 war sie auf 439.764 Einwohner gestiegen. Im gleichen Zeitraum verringerte sich die Einwohnerzahl der Stadt Luxemburg von 78.924 auf 76.688 Einwohner. Auch diese Aussage ist richtig
- In Luxemburg werden jeden Tag zwei Hektar Grünfläche das heisst vier Fußballfelder neu verbaut. Richtig!
- Bei einer Gemeinde von 7.500 Einwohnern mit 24,7 Mio Euro Gesamtbudget und +- 43,5 Mitarbeitern (sowie +- 80 Lehrpersonen), ist der Bürgermeister für 20 Stunden pro Woche von seiner Arbeit freigestellt. Auch diese Aussage ist richtig! Der Mouvement Ecologique wollte mit dieser Frage darauf aufmerksam machen, dass es äußerst problematisch ist, innerhalb dieser Zeitspanne die anfallende Arbeit zu leisten.
- Sie sehen hier zwei Luftfotos von einem größeren Waldkomplex im Zentrum Luxemburgs. Welche von beiden entspricht der Wirklichkeit? Das untere: Hier wurde eine Straße mitten ins Waldgebiet gebaut (Ortschaft Kehlen)
- Diese Karte zeigt den zukünftigen Verlauf der modernen Stadtbahn im Süden Luxemburgs (gezeigt wurde der Streckenverlauf einer Trambahn im Süden). Die Karte ist leider noch nicht Wirklichkeit
- Luxemburg ist in sechs Regionen aufgeteilt. In Zukunft muss jede Gemeinde mit den anderen Gemeinden innerhalb ihrer Region stärker zusammenarbeiten und darf bestimmte Projekte nur noch mit diesen gemeinsam durchführen. Diese Antwort ist richtig, wobei die Einteilung in 6 Regionen umstritten ist (Ortschaften um die Stadt Luxemburg wie Niederanven sollen z.B. mit Dippach zusammenarbeiten)
- Zur Zeit gibt es in Luxemburg folgende vier Naturparke: "Öwersauer", "Our", "Mëllerdall" und "Draillänner Eck". Leider ist die Antwort falsch. Lediglich die Naturparke "Öwersauer" und "Our" gibt es. Die anderen sollten aber nach Meinung des Mouvement Ecologique unbedingt gegründet werden.





Damit das Klimabündnis eine glaubwürdige Herausforderung bleibt

Klimabündnis-gemeinden geben sich

Minimal-Kriterien

Die Gemeinden verpflichten sich mit ihrem Beitritt zum internationalen Klimabündnis (Unterzeichnung des Klimabündnis-Manifestes und der Erklärung von Bozen) im Sinne des globalen Klimaschutzes zu handeln. Dabei streben sie die Reduzierung der Treibhausgase an (50% bis 2010 verglichen mit 1990 resp. 3% pro Beitrittsjahr) und kooperieren mit den Völkern des Südens. Um diese Ziele zu erreichen und durch konkrete Maßnahmen zu belegen, hat das 'Klimabündnis Lëtzebuerg' einen Maßnahmenkatalog (Klimabündnis-Bausteine 2002) als Ideenkatalog für die Mitglieds-gemeinden erarbeitet.

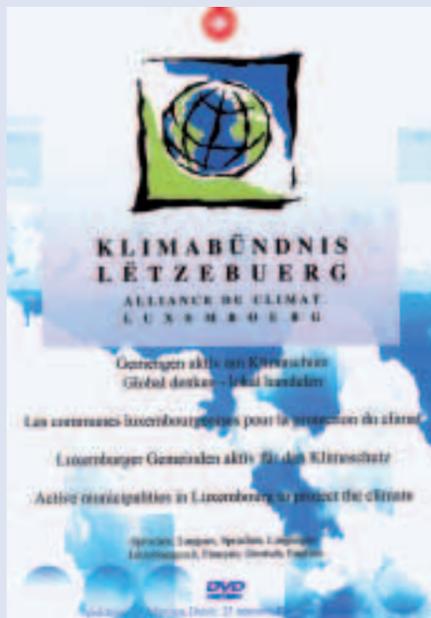
Die nun verabschiedeten Minimal-Kriterien, stellen nicht nur eine weitergehende Selbstverpflichtung dar, sondern sind auch eine Hilfestellung für lokale Entscheidungsträger betreffend die Mitgliedschaft im 'Klimabündnis Lëtzebuerg'.

Erfreulicherweise bekunden immer mehr Gemeinden – speziell jetzt nach den Gemeindevahlen – ihren Willen, dem Klimabündnis beizutreten. Dies zeigt, dass kommunaler Klimaschutz an Bedeutung gewonnen hat, birgt jedoch angesichts der national weiter steigenden Treibhausgasemissionen auch Risiken bezüglich der Glaubwürdigkeit der Mitgliedsgemeinden für nachweislichen Klimaschutz.

Um nach außen hin die Bemühungen der Mitgliedsgemeinden noch stärker hervor zu heben und das ernsthafte Engagement der Gemeinden zu verdeutlichen, haben die Mitgliedsgemeinden bei ihrer Plenarsitzung im November in Steinsel Minimal-Kriterien für Luxemburger Klimabündnisgemeinden beschlossen.

Sie finden diese Minimal-Kriterien sowie das Arbeitsprogramm 2006 der nationalen Koordination unter www.klimabuendnis.lu

Neuer Film (DVD) zum 'Klimabündnis Lëtzebuerg'



Das Klimabündnis Luxemburg hat einen Film realisiert, der einen Überblick gibt über die Themenfelder des kommunalen Klimaschutzes und der Nord-Süd Zusammenarbeit. Anhand von typischen Projekten und Aktionen wird dargestellt, wie Klimaschutz auf kommunaler Ebene möglich ist. Die lokalen Akteure kommen zu Wort.

Dieser Film gibt in nur 23 Minuten den lokalen Interessenten genügend Anregungen und Ideen für die Mitarbeit im Klimabündnis. Der Film ist 4-sprachig: Luxemburgisch, Englisch, Deutsch und Französisch und macht Mut zum Mitmachen.

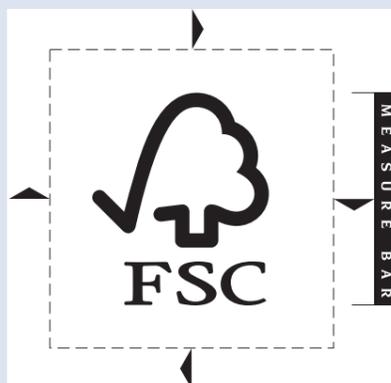
Der Film richtet sich an die kommunalen Akteure, die bereits im Klimabündnis arbeiten oder die Klimabündnis-Idee verbreiten wollen. Auf Anfrage erhalten diese den Film gratis (Nationale Koordination des 'Klimabündnis Lëtzebuerg' Tel.: 43 90 30 26).

FSC-Label: Für Qualität im Wald – weltweit

Gründungsversammlung von FSC Lëtzebuerg asbl

Am Dienstag, den 10. Januar 2006 findet um 18.00 Uhr die Gründungsversammlung von 'FSC Lëtzebuerg asbl' statt.

Verschiedene Privatpersonen, Vertreter von öffentlichen Verwaltungen, Vertreter von Vereinigungen,



private und öffentliche Waldbesitzer ... werden diese Vereinigung ohne Gewinnzweck gründen.

Weitere Informationen beim Sekretariat des Klimabündnis Luxemburg Tel.: 43 90 30 26 und unter www.klimabuendnis.lu

DEST AN DAT - DEST AN DAT - DEST AN DAT

Freier Zugang zu Informationen und Rekursrecht der Umweltorganisationen

Rezente wurde in der Abgeordnetenversammlung ein äußerst wichtiges Gesetz verabschiedet: dasjenige, das den freien Zugang zu Informationen im Umweltbereich sowie das Klagerecht der Umweltorganisationen regelt, die sog. Aarhus-Konvention. Dieses Gesetz war aufgrund einer neuen EU-Direktive notwendig geworden.

Beim Votum dieses Textes konnte der Mouvement Ecologique einerseits einen Erfolg erzielen – andererseits aber liegt noch so manches im Argen.

Besserer Zugang zu Informationen – ein Erfolg!

Das neue Gesetz baut die Rechte von BürgerInnen aus, was das Anfordern von Informationen im Umweltbereich anbelangt. Das ist äußerst positiv zu werten. Außerdem sind die öffentlichen Instanzen weitaus stärker als bisher gefordert, solche Informationen auch gezielt zu veröffentlichen. Der Regierungsentwurf wies zahlreiche Schwachstellen auf, die von der Umweltkommission der Abgeordnetenversammlung – auch aufgrund einer Stellungnahme des Mouvement Ecologique – behoben wurden (z.B. was das Recht anbelangt Kopien anfertigen zu lassen). Bleibt abzuwarten, wie das Gesetz in der Praxis gehandhabt wird...Der Gesetzestext kann gratis beim Mouvement Ecologique nachgefragt werden.

Klage- und Rekursrecht der Umweltorganisationen – Luxemburg nach wie vor Entwicklungsland!

Gleichzeitig soll gemäß Aarhus-Konvention auch das Klage- und Rekursrecht in den Mitgliedsländern verbessert werden. Luxemburg ist hier wirklich Entwicklungsland: Bei zahlreichen Projekten (z.B. einer Naturschutz- bzw. einer Kommando-Genehmigung) hat eine Umweltbewegung z.B. kein Rekursrecht. Der Mouvement Ecologique setzte sich deshalb dafür ein, dass – im Geiste der Aarhus-Konvention – das Rekursrecht im Gesetz betreffend den freien Zugang zu Informationen verankert werden sollte. Dieser Vorschlag fand leider nicht die Zustimmung des Umweltministeriums, auch die Umweltkommission der Abgeordnetenversammlung wollte keine derart tiefgreifende Abänderung mehr durchführen.

Umweltminister L.Lux hat jedoch formell versprochen, dass in Zukunft in allen umweltrelevanten Gesetzen das Klage- bzw. Rekursrecht eingeführt werden soll, diese Gesetze sollen demnach alle abgeändert werden.

Man darf also gespannt sein, ob dies tatsächlich geschieht... Der Mouvement Ecologique wird sich auf jeden Fall weiterhin mit aller Konsequenz dafür einsetzen. In Zukunft müssen in der Tat eine Reihe von Gesetzen aus anderen Überlegungen reformiert werden, so dass die Gelegenheit beim Schopf genommen werden muss. Wobei zu bemerken ist, dass bereits ein erstes Gesetz, dasjenige im Abfallbereich, reformiert wurde, ohne eine Verankerung des Klage- bzw. Rekursrechtes ...

"Plan national de l'environnement naturel" in Ausarbeitung

Nach zwei Plenarsitzungen, die vom Umweltministerium zur Erstellung DES nationalen Planes der natürlichen Umwelt einberufen wurden, sind zur Zeit 4 Arbeitsgruppen damit beschäftigt Teilaspekte zu diskutieren.

Die Idee einen nationalen Plan im Naturschutzbereich zu erstellen geht u.a. auf einen Vorschlag des Mouvement Ecologique zurück, der vom Umweltministerium bzw. der Umweltkommission der Abgeordnetenversammlung angenommen wurde. In Zukunft soll damit eine Naturschutzpolitik mit klaren und nachvollziehbaren Zielen erreicht werden, die im Konsens aller Akteure definiert wurde.

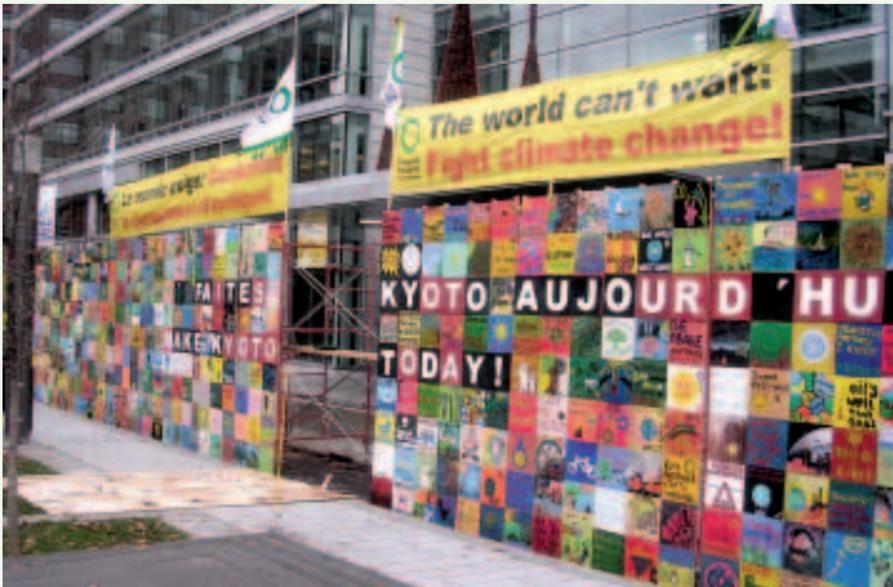
Für den Mouvement Ecologique bedeutet dies auch, dass auf einer fachlichen Grundlage (welche Lebensräume bzw. Arten sind am stärksten gefährdet?) eine politische Prioritätenliste entsteht. Dies bedeutet jedoch auch, dass den so definierten Maßnahmen eine finanzielle Priorität eingeräumt wird und die z.T. heute herrschende Willkür besonders auf Verwaltungsebene aus der Welt geschafft wird.

In diesem Zusammenhang soll auch das vom Gesetz geschaffene "observatoire de l'environnement naturel" eine wichtige fachliche Aufgabe übernehmen.

Der Mouvement Ecologique wird vertreten von Roger Schauls (Arbeitsgruppen Biodiversität bzw. Sensibilisierung), Claude Neberg (Landwirtschaft) und Blanche Weber (geschützte Landschaften).



Die Stimme der Bürger in Montréal – ein Klima Mosaik für aktiven Klimaschutz



Anlässlich des Klimagipfels in Montreal konnte bekanntlich ein Erfolg im Sinne des Klimaschutzes erreicht werden. Während des Gipfels ist auch "Friends of the Earth International" – die weltweite Umweltorganisation, in der auch der Mouvement Ecologique Mitglied ist, für eine wirksame Klimaschutzpolitik eingetreten. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, wurden über den Sommer 6000 Klimabotschaften quer durch Europa gesammelt.

Diese wurden, zu Beginn der Verhandlungen zu einer 50m langen und 4m hohen Wand verarbeitet. Das Klima Mosaik symbolisiert die Stimme der Bürger, welche die Politiker aufruft, den Klimawandel nicht weiterhin zu ignorieren, sondern politisch greifbare Entschlüsse, JETZT in Montreal zu treffen und dann auch umzusetzen!



Reach-Direktive – das Abstimmungsverhalten der Luxemburger EU-Parlamentarier

Der Mouvement Ecologique und das Oeko-Zenter Lëtzebuerg hatten sich, ähnlich wie alle europäischen Umweltverbände, dafür ausgesprochen, dass im Rahmen einer neuen Chemikaliendirektive endlich der Verbraucherschutz groß geschrieben würde. In der Tat befinden sich zahlreiche Chemikalien auf dem Markt, deren Impact auf Mensch und Umwelt nie untersucht wurde. Rezent nun fand die diesbezügliche Abstimmung im EU-Parlament statt. Leider konnte sich hier zu sehr noch die Chemikalienlobby durchsetzen.

Der Mouvement Ecologique veröffentlicht nachstehend das Abstimmungsverhalten der verschiedenen Luxemburger EU-Parlamentarier. Wenn wir in diesem Zusammenhang ausnahmsweise eine Bewertung nutzen, die uns von "Déi Gréng" zugestellt wurde, so dies weil die Position der grünen Europarlamentarier de facto deckungsgleich mit jenen der europäischen Umweltbewegungen war.

Bei den Debatten um das EU-Referendum wurde seitens der Regierung und der politischen Parteien immer wieder betont, wie wichtig die EU-Politik sei, dass sie demokratischer gestaltet werden sollte und müsste. Nun, die derzeitige Praxis gibt all jenen Recht, die diesen Aussagen nicht trauten. In der Tat ist von der angekündigten breiten Debatte über die EU nichts übrig ... die Luxemburger EU-Parlamentarier stimmten ab, wie sie es individuell für sinnvoll erachteten...

EU CHEMIKALIEN-VERORDNUNG „REACH“

Abstimmungsanalyse der 6 Luxemburger EU Abgeordneten zu den wichtigsten Änderungsvorschlägen (ABSTIMMUNG VOM 17. NOVEMBER 2006 IM EUROPAPARLAMENT)

→ **+** : Schlechte Abstimmung in Punkte Umwelt- und Gesundheitsschutz

<u>Gute Änderungsvorschläge</u>	Goebbels LSAP	Hennicot CSV	Lulling CSV	Poller DP	Spatz CSV	Turmes GRÉNG	Endergebnis insgesamt
Importprodukte, die Hochrisikostoffe enthalten müssen vom Hersteller angegeben werden.	+	+	+	+	+	+	+
Hersteller müssen für gefährliche Stoffe Alternativen suchen.	+	+	+	+	+	+	+
Hersteller müssen bei jedem Stoff, den sie herstellen dafür Sorge tragen, dass er möglichst unbedenklich ist.	+	+	+	+	+	+	+
Verbraucher müssen darüber aufgeklärt werden, welche Stoffe in einem Produkt sind und wie gefährlich sie sind.	+	Erhaltung	+	+	+	+	+

<u>Schlechte Änderungsvorschläge</u>	Goebbels LSAP	Hennicot CSV	Lulling CSV	Poller DP	Spatz CSV	Turmes GRÉNG	Endergebnis insgesamt
Direktiven zu Arbeitsschutz werden außer Kraft gesetzt. <input type="checkbox"/>	+	+	+	-	+	-	-
Kompromiss zur Registrierung der Chemikalien. <input type="checkbox"/>	+	+	+	+	+	-	+

: Diese betreffen Einschränkungen des Einsatzes von gefährlichen Substanzen in elektronischem Material sowie den Schutz der Arbeitnehmer vor Stoffen, die Krebs verursachen und das Erbgut schädigen

: Hauptpunkte dieses Kompromisses:
 - Nur zu zehn Prozent der Substanzen in der Gewichtsklasse 1-10 Tonnen müssen Grundinformationen geliefert werden
 - Viele Lücken in der Testpflicht bei Chemikalien höherer Gewichtsklassen
 - Öffentlichkeit kann als Versuchskaninchen missbraucht werden
 - Grosse Unternehmen werden bevorteiligt



**Mouvement
Ecologique asbl.**

Oeko-Zenter Lëtzebuerg
 6, rue Vauban
 L - 2663 Luxembourg
 Tel.: 43 90 30-1
 Fax: 43 90 30-43
 e-mail: meco@oeko-zenter.lu
 www.oeko-zenter.lu

Einzelmitgliedschaft: 40 Euro – Haushaltsmitgliedschaft : 60 Euro – Für Studenten und Arbeitslose: 20 Euro – Schnuppermitgliedschaft (auf ein Jahr beschränkt): 20 Euro

Kontonummer:
 CCP IBAN LU16 1111 0392 1729 0000,
 BCEE IBAN LU20 0019 1300 1122 4000

Der Mouvement Ecologique ist eine parteipolitisch neutrale und unabhängige Umweltschutzorganisation mit zahlreichen ehrenamtlich engagierten BürgerInnen. Durch eine Mitgliedschaft oder die Anwerbung von MitgliederInnen können Sie die kritische, engagierte und unabhängige Arbeit des Mouvement Ecologique und die Realisierung seiner Zukunftsvisionen für eine lebenswerte Gesellschaft von Morgen unterstützen.